

**Sicherheitspolitischer Bodenseekongress, Samstag, 13. 4. 2024 im Graf-Zeppelin-Haus, Friedrichshafen, Olgastrasse 20.**

## **„Der Ukraine-Krieg und seine Folgen für Europa – militärisch, politisch und ökonomisch“.**

*Die Gesellschaft für Landesverteidigung und Sicherheitspolitik in Vorarlberg sowie die Offiziersgesellschaft Vorarlberg fungierten wie in den Vorjahren als österreichische Mitveranstalter.*

*Zum 10. Mal engagierten sich sicherheitspolitisch aktive Organisationen aus Österreich, Deutschland und der Schweiz für einen gemeinsamen Kongress zur sicherheitspolitischen Lage und Diskussionsmöglichkeit mit ausgewiesenen Experten. Heuer stand der Kongress unter dem Thema: „Der Ukraine-Krieg und seine Folgen für Europa - militärisch, politisch und ökonomisch*

*Die Referenten, Persönlichkeiten mit entsprechender Expertise, stellten mit ihren Statements die aktuelle Lage und daraus resultierende Ableitungen dar und sich im Rahmen einer Podiumsdiskussion auch den Fragen der rund 140 Teilnehmerinnen und Teilnehmer gestellt.*

### **Die Impulsreferate**

- «Der Ukraine-Krieg und seine Folgen für Europa – militärisch». Generalleutnant Mag. Bruno Hofbauer, Stellvertretender Chef des Generalstabes (Österreich).
- «Der Ukraine-Krieg und seine Folgen für Europa – politisch». Dr. habil. Markus Kaim, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin (Deutschland).
- «Der Ukraine-Krieg und seine Folgen für Europa – wirtschaftlich». Univ.-Prof. Dr. Alexander Müller, Universität Basel (Schweiz).

### **Der Sicherheitspolitische Bodenseekongress**

Die Veranstaltung wird jährlich rotierend in den Bodensee-Anrainerstaaten Österreich, Deutschland und der Schweiz abgehalten. Der Sicherheitspolitische Bodenseekongress bewährt sich als Forum der sicherheitspolitischen Kommunikation mit Fachreferaten und einer breiten Diskussionsmöglichkeit.

Spiritus Rector der Sicherheitspolitischen Bodenseekongresse ist der deutsche BrgdGen i. R. Wolfgang Kopp. Mit ihm führte Prof. Ernest F. Enzelsberger MBA, am 14.2.2009 in der Starhemberg-Kaserne in Sigmaringen ein erstes Gespräch über die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik in Baden-Württemberg, deren Landesvorsitzender BrgdGen Kopp damals war, sowie der Gesellschaft für Landesverteidigung und Sicherheitspolitik in Vorarlberg. Dieses Gespräch fand auf Initiative des damaligen Militärkommandanten von Vorarlberg, LAbg.a.D. Brgd Gottfried Schröckenfuchs, statt. Gründungsvater der Teilnahme Österreichs an der Veranstaltungsreihe war dann ObstInt Mag. Josef Müller, Präsident der Offiziersgesellschaft Vorarlberg.

Das übergreifende Motto der Bodensee-Kongresse generell lautet „Zukünftige Aspekte der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“.

Zur diesjährigen Veranstaltung konnte Obstlt a.D. Josef Rauch, der Landesvorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbandes Süddeutschland, rund 140 Interessierte aus den Teilnehmerstaaten begrüßen.

Darunter den Präsidenten der Offiziersgesellschaft Vorarlberg, Obstlt Mag. Josef Müller, den Militärkommandanten von Vorarlberg, Brgd Mag. Gunther Hessel, die Abgeordneten zum Nationalrat Ing. Reinhold Einwallner sowie Fabienne Lackner zum Vorarlberger Landtag, BrgdGen a.D. Wolfgang Kopp, den Präsidenten des Landeskameradschaftsbundes Vorarlberg, Obst Alwin Denz, Obstlt Dr. Michael Pesendorfer, Österreichischer Militärattache In der Schweiz, Simeon und Lorenz Habsburg-Lothringen, Obstlt Mag. Wolfgang Türtscher und Obst Mag. Christian Wohlmuth.

Die Gesellschaft für Landesverteidigung und Sicherheitspolitik war durch die Landespräsidenten von Vorarlberg, Hptm a. D. Prof. Ing. Ernest Enzelsberger MBA, MAS und Tirol, Olt a.D. Prof. Dipl.-Päd. OSR Direktor i. R. Erich Wörister, vertreten.

Unter den Gästen waren auch der Präsident der Schweizerischen Offiziersgesellschaft, Obst Dominik Knill, der Leiter der Sektion Stuttgart der Gesellschaft für Sicherheitspolitik e. V. Obstlt d. R. Jochen Griesinger sowie die Obst Valentin Hasler, Bruno Russi und Thomas Hugentobler.

### **Kurzfassung der Referate**

Die folgende Zusammenstellung stammt von Obst Bruno Russi, der auch einen einschlägigen Beitrag für die ASMZ, die Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift, verfassen wird.

### **Generalleutnant Mag. Hofbauer (Österreich)**

Er skizzierte zunächst den russischen Angriff 2022 und wies darauf hin, dass die Konsequenzen dieses Krieges bis in jeden einzelnen Haushalt fühlbar seien. Die „Zeichen an der Wand“ seien (im Gegensatz zur Annexion der Krim) zwar sichtbar gewesen, müssten aber in Zukunft ernster genommen werden.

Die ukrainische Gegenoffensive im Sommer 2023 hätte zwar kleinere Gewinne gebracht, aber zu einem sehr hohen Preis. Da keine ukrainischen Kräfte und Reserven für einen Durchbruch in die Tiefe des Raumes zur Verfügung gestanden hätten, sei der Krieg in einen Stellungskrieg, vergleichbar dem Ersten Weltkrieg, gemündet. Die aktuelle Lage sei charakterisiert durch eine Patt-Situation auf dem Gefechtsfeld und Angriffe auf Infrastrukturen. Aus militärischer Perspektive sei die Umstellung des ukrainischen Führungs- und Ausbildungssystems auf Auftragstaktik und delegierte Eigenverantwortung bemerkenswert.

Die bereits totgesagten mechanisierten Kräfte und die bodengestützte Luftverteidigung erlebten eine Renaissance, ebenso die Panzerabwehr. Von Bedeutung sei bei der Artillerie die Präzisionswirkung der Einzelgeschütze und der anschließende rasche Stellungswechsel innerhalb von fünf bis sechs Minuten bis zum Konterbatteriefire. Geniekräfte seien – erneut – zentral nicht nur zur Sicherung der eigenen Flussübergänge und zur Hindernisbeseitigung, sondern auch zur Verhinderung gegnerischer Mobilität im Einsatz.

Seedrohnen und Abstandswaffen hätten die russischen Streitkräfte zu Veränderungen des Dispositivs im Schwarzen Meer gezwungen. Auch Luftunterstützung durch Kampfhelikopter und Jagdbomber mit Abstandswaffen hätten große Bedeutung erlangt. Drohnen seien heute unverzichtbares Element sowohl für Aufklärung und Führung aber auch für Kampfeinsätze, weil sie weniger Risiko für die beteiligten Truppen bedeuteten.

Bodengestützter Luftverteidigung komme erhöhte Bedeutung zu, aber auch neue Aufgaben (Drohnenbekämpfung) mittels neuer Technologie (Laser). Die rasche und korrekte Erstellung und Verbreitung eines zutreffenden Lagebildes sei von zentraler Bedeutung. Das Thema „Soziale Medien“ müsse auch in die militärische Ausbildung einfließen. „The ugly face of reality“ sei weiter, dass die nukleare Bedrohung anhaltend aktuell sei und sich in Richtung MAD (Mutually Assured Destruction) bewege. „Druckpunkte“ für Russland seien etwa die Baltischen Staaten, der Kaukasus, das Schwarze Meer aber auch Moldawien. Der Krieg werde fortgesetzt, es ergäben sich neue Allianzen (Nordkorea- Russland, Russland mit dem „Globalen Süden“) aber auch etwa auf dem Balkan werde „gezündelt“.

Zusammenfassend ergeben sich laut Hofbauer folgende Konsequenzen:

- Die Taktiken der russischen Streitkräfte hätten sich nicht substantiell verändert (z.B. Angriffe mit Panzern und Mot-Schützen), allerdings hätten sich die Bataillonskampfgruppen aus logistischen Gründen nicht bewährt;
- Drohnen seien heutzutage entscheidend;
- der Bereich „Cyber“ sei zentral und
- schließlich sei das „gläserne Gefechtsfeld“ Realität geworden.

Zu den wichtigen strategischen Folgen zählte Hofbauer die Aufnahme Schwedens und Finnlands in die NATO und die sich daraus ergebenden Konsequenzen, wie die längere direkte Grenze der NATO mit Russland. Traditionelle militärische Bedrohungen seien aber nicht verschwunden, sie würden im Gegenteil durch neue Mittel verstärkt

### **Dr. habil. Markus Kaim (Deutschland)**

. . . betonte hinsichtlich der politischen Folgen des Ukrainekrieges für die NATO zunächst den Bedeutungsgewinn der NATO, den Fokus auf Rückversicherung und Abschreckung, die Ausweitung auf Schweden und Finnland sowie die neue Prioritätensetzung (Abschreckung, Krisenmanagement) der NATO.

Eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine sehe er derzeit nicht. Was die USA betreffe, hätten diese eigentlich als Priorität den systemischen Konflikt mit China auszutragen, der Krieg in der Ukraine hätte jedoch zu einer – allerdings temporären (Kaim sprach von einem „temporären Ausnahmezustand“) – Rückkehr der USA nach Europa geführt. Dazu gehöre eine Verstärkung der militärischen Präsenz von 20.000 auf 100.000 Mann. US-Präsident Biden versuche nicht nur die Bündnisse in Europa und in Asien zu revitalisieren, sondern dies auch mit militärischer Präsenz zu untermauern. Europa sei in einer geopolitisierten Welt aufgewacht, welche eine größere Handlungsfähigkeit im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik verlange.

Grundsätzlich lägen die geographischen Prioritäten der USA nicht mehr in Europa, zudem sei eine stärkere Priorisierung der eigenen nationalen Interessen festzustellen. Selbst unter einer erneuten Präsidentschaft Bidens sei eine Abnahme der Unterstützung der Ukraine zu erwarten. Europa müsse ein Signal der Bereitschaft, mehr Verantwortung zu übernehmen, an die USA senden; die Brigade im Baltikum sei ein derartiges Signal. In der Frage einer europäischen Armee stoße Europa an Grenzen (Frage des Kommandos, Einsatzvorbehalte). Europa müsse innerhalb der NATO eine eigenständige Rolle übernehmen; es gehe um strategische Autonomie unter neuen Vorzeichen – nicht in Abgrenzung sondern in Absprache mit den USA. Gefordert sei eine funktionale und geographische Arbeitsteilung in Bezug auf kollektive Verteidigung und Krisenmanagement.

In der Frage der Unterstützung der Ukraine wurde die Europäische Friedensfazilität (EFZ) betont, um die ukrainischen Streitkräfte zu unterstützen (5,7 Mrd Euro bis 2027 inzwischen aufgestockt aus 12 Mrd. Euro), die European Defence Industry Reinforcement Through Common Procurement (EDIRPA) als Instrument zur Stärkung der europäischen Rüstungsindustrie, die Förderung von Munitionsproduktion und die Ausbildung von bisher 40.000 ukrainischen Soldaten (geplant sind 60.000 bis Sommer 2024) im Rahmen des Programms EUMAM.

Generell sei das „Ende der Gewissheiten“ festzustellen, was von der Friedensdividende, über die „Umzingelung von Freunden“, Wandel durch Annäherung bis zum Ende des Konzepts „keine Waffen in Kriegsgebiete“ reiche. Sowohl militärische Macht als auch Partner und Bündnisse, die internationale Ordnung und Verflechtungen bzw. die Globalisierung würden neu bewertet. Auch finanziell finde eine Zeitenwende statt: die Ausrüstung der Deutschen Bundeswehr sei angesichts der veränderten Prioritäten unzureichend. Das 100 Mrd Euro-Sondervermögen reiche bis 2027 und das 2 Prozent-Ziel der NATO würde erneut verfehlt. Die Frage stelle sich, wo die Prioritäten zu setzen und wo finanzielle Abstriche möglich seien. Allerdings habe in den Köpfen eine Zeitenwende stattgefunden; Russland und die russischen Streitkräfte würden als Bedrohung wahrgenommen. Diese Wahrnehmung hätte 2022 ihren Höhepunkt erreicht, würde derzeit jedoch wieder abnehmen. Es besteht das Risiko, dass die Sehnsucht nach dem status quo ante wieder stärker wird.

### **Prof. Dr. Andreas Müller (Schweiz)**

. . . fokussierte auf sechs wirtschaftliche Aspekte: Wirtschaftssanktionen, Energieabhängigkeit, Lieferketten, ukrainische Flüchtlinge, bilaterale Hilfe und Ausgaben für Streitkräfte. Bei den Wirtschaftssanktionen betonte Müller, dass sowohl der Westen als auch Russland selbst Wirtschaftssanktionen verhängt hätten. Handel und Auslandsinvestitionen seien besonders betroffen; es bestünde das Risiko einer gesamtwirtschaftlichen Abkühlung.

Das reale Wirtschaftswachstum in Österreich, Deutschland und der Schweiz habe sich zwar abgekühlt, im Vergleich zur globalen Finanzkrise oder der COVID-19 Rezession habe es sich jedoch nicht um einen dramatischen Einbruch gehandelt; die Substitution im Produktionsprozess und bei den Energieimporten habe nämlich besser funktioniert als befürchtet. Hauptgrund für die wirtschaftliche Abkühlung dürfte die Erhöhung der Leitzinsen durch die Nationalbanken sein; der Krieg in der Ukraine sei zwar nicht der Auslöser gewesen, hätte aber zur Preisinflation und zur Wachstumsreduktion beigetragen.

Was die Entwicklung der russischen Wirtschaft anbelangt, habe die russische Zentralbank mit Leitzinserhöhungen die Stabilität des Rubels gestützt, hinzu seien hohe Einnahmen aus den Energieexporten gekommen. Mittelfristig habe der Rubel leicht an Wert verloren, sei aber stabilisiert. Die Gaspreisentwicklung zeigte 2022 einen „Peak“, der jedoch inzwischen weitgehend abgeflacht sei. Zur Handelsbilanz der EU-27 stellte Müller fest, dass sich mit dem Rückgang der Energieimportpreise auch die Handelsbilanz wieder stabilisiert habe. Der Anteil der Gasimporte aus Russland sei seit dem russischen Angriff auf die Ukraine praktisch auf null gesunken; zugelegt hätten Lieferanten aus Tschechien, den Niederlanden und Belgien. Österreich sei jedoch aufgrund langjähriger Lieferverträge weiterhin stark von russischen Gasimporten abhängig.

Die Lieferketten in Europa seien gestört; insbesondere in der Landwirtschaft (Pflanzendünger und Getreide aus der Ukraine) und der Fertigung, was zu höheren Kosten für die Unternehmen und zu höheren Endverbraucherpreisen führte.

Die signifikante Zunahme der Flüchtlingsströme aus der Ukraine hätte zu einer Zusatzbelastung für die sozialen Dienste und die Infrastruktur im Rest Europas geführt; der Bedarf an öffentlichen Ressourcen um Flüchtlinge in Gesellschaft und Arbeitsmarkt zu integrieren sei substantiell. Auf der Basis der Statistiken des „Institute for the World Economy“ IFW (Ukraine Support Tracker) der Universität Kiel präsentierte Müller die großen Unterschiede in der Aufnahme von ukrainischen Flüchtlingen. Die Gesamtzahl der Flüchtlinge betrage aktuell rund 4,6 Mill. In Prozent der Bevölkerung habe Deutschland 1,35 Prozent Flüchtlinge aufgenommen, Österreich 0,94 Prozent und die Schweiz 0,77 Prozent. Die Quote für Frankreich liege bei 0,1 Prozent und für Tschechien bei 3,5 Prozent.

Bei der Berechnung der bilateralen Hilfe in Prozent des BIP liege Estland mit 5 Prozent weit vorne; unter Berücksichtigung der Staatsverschuldungsquote seien die vier „Top-Geber“ Estland, Lettland, Tschechien und Dänemark, am unteren Ende des Spektrum bewegen sich Frankreich, Italien, Griechenland und Portugal.

Was militärische Hilfe anbelangt, seien die „Top 2“ die Europäische Union gefolgt von den USA; die USA steuerten absolut gesehen fast die Hälfte der schweren Waffen bei. Mit Verweis auf die kommenden Präsidentschafts- und Kongresswahlen in den USA demonstrierte Müller die Konsequenzen einer weiteren Blockade.

In Funktion der staatlichen Verschuldungsquote zeigte Müller die Differenz zwischen den staatlichen Verteidigungsausgaben und des von der NATO geforderten 2 Prozent-BIP-Ziels; die Lücke habe sich zwar etwas geschlossen, es fehlten aber immer noch gesamthaft 65 Mrd. Euro, um diese Lücke zu schließen. Zudem hätten Spanien, Italien, Belgien, Frankreich und Portugal hohe Staatsverschuldungsquoten.

Zusammenfassend formulierte Müller fünf Risiken und Herausforderungen im wirtschaftlichen Bereich:

- Ausweitung des Krieges, insbesondere auf NATO-Staaten;
- Präsidentschafts- und Kongresswahlen in den USA;
- Auftreten weiterer Schocks, welche den Haushalt von EU-Staaten zusätzlich belasten würden (Finanzkrise, Pandemie, Umweltkatastrophe, Krieg);

- Koordination bezüglich Verteidigungs- und Rüstungsausgaben zwischen EU- und NATO-Staaten sowie
- Bessere Abwägung zwischen Vorteilen der militärischen Spezialisierung auf europäischer Ebene und den nationalen Interessen.

Bei der nachmittäglichen Podiumsdiskussion ging es z. B. um die Frage der Wirkung von Sanktionen, die gegen Russland national aber auch durch die EU verhängt wurden. Sie erfüllen ihren Auftrag, haben aber anscheinend nicht die Wirkung, die man sich erhofft hat. Auswirkungen merkt eher die Industrie in Friedrichshafen, wie Fabian Müller, Erster Bürgermeister, bei seiner Begrüßung betonte.

## **Vorschau 2025**

Der Sicherheitspolitische Bodenseekongress 2025 wird von der Kantonalen Offiziersgesellschaft Thurgau am 26.4.2025 im Würth Haus in Rorschach am Bodensee stattfinden.

Veranstalter ist die Kantonale Offiziersgesellschaft Thurgau, **Oberst Valentin Hasler**, Kohlenhof, CH-8570 Weinfelden, E-Mail [valentin.hasler@gmx.ch](mailto:valentin.hasler@gmx.ch), Telefon 0041 79 2177193. Das Thema wird rechtzeitig bekanntgegeben.

*(Zusammengestellt von Hptm a.D. Prof. Ing. Ernest Enzelsberger, MBA, MAS (WU Wien), Präsident der Gesellschaft für Landesverteidigung und Sicherheitspolitik in Vorarlberg und Ehrenmitglied der Österreichischen Gesellschaft für Landesverteidigung und Sicherheitspolitik in Wien.)*

